

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 61 (1967)
Heft: 12

Artikel: Die griechische Staatsstreich-Legende
Autor: Walser, Gerold
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141324>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Regierungen der 122 Mitgliedernationen arbeitet, sei wertvoll, habe aber heute noch nicht die wünschenswerte Popularität.

Zusammenfassend befürwortete E. Descoudres, trotz verschiedenen Gegenargumenten, die zur Sprache kamen, den Anschluss der Schweiz an die UNO.

In diesem Sinne wurde eine Resolution verfasst, die den massgeblichen Behörden bekanntgegeben wird.

Ausserhalb des Programms hörten wir einen erschütternden Bericht von Mme *Fanny Goether*, die als Delegierte des Roten Kreuzes in Griechenland war und Gelegenheit hatte, auf Grund eigener Anschauung und authentischer Berichte die unmenschlichen Zustände auf der Internierteninsel Jaros festzustellen.

In diesem Zusammenhang möchten wir auf den Bericht von Fräulein Dr. Wicke in der Juli/Augustnummer der «Neuen Wege» hinweisen.*

Ein Protestschreiben an die griechische Gesandtschaft in Bern wurde einstimmig gutgeheissen.

J. Lochard, Generalsekretär der «Fédération française du christianisme social», sprach über die Notwendigkeit einer sozialistischen Neuorientierung hinsichtlich der «Pays développés» (der reichen Länder) im Hinblick auf wirtschaftliche, sozialpolitische und kulturelle Belange.

Ein neuer, umfassender Sozialismus müsse geschaffen werden. Ein Leben könne sich nicht in wirtschaftlichem Genügen, ja in gesteigertem Wohlstand erschöpfen. Als Christ müsse man sich bewusst sein, dass das persönliche «bienêtre matériel»: der Besitz eines Autos, eines Ferienhauses, Ferienreisen usw., keine Berechtigung habe, solange Menschen in Not leben. Kollektivinteressen sollten persönlichen Interessen vorangestellt und durch eine gezielte Planwirtschaft der kapitalistischen Profitwirtschaft entgegengesetzt werden. Das Leben solle in einem neuen Verhältnis zu den «Andern» gestaltet werden. Menschenwürde dürfe nicht vom Besitz abhängig gemacht werden. Soziale Aufklärung, humanistische und politische Schulung, Zusammenarbeit in jeder Hinsicht garantiere erst eine menschenwürdige Zukunft.

Das sind einige wenige Gedanken, die uns aus der Fülle des Gebotenen erneut in unserer Aufgabe als Religiöse Sozialisten bestärkten und uns die Verbundenheit mit unsren Freunden der welschen Schweiz und Frankreichs empfinden liessen.

M. Meier-Kläsi, F. Heim

Die griechische Staatsstreich-Legende

Wer heute durch Griechenland fährt, trifft überall auf grosse blaue Plakate, welche die beiden Daten des 28. Oktober und des 21. April als Geburtstage des neuen griechischen Staates feiern.

Das erste Datum betrifft die Ablehnung des italienischen Ultimatums durch Georg II (28. Oktober 1940) zu Beginn des Zweiten Weltkrieges und bezeichnet den Anfang des nationalen Widerstandes gegen die Achsenmächte.

* Siehe auch «Neue Wege», Juni- und Septemberheft. Red.)

Wie man weiss, war der Widerstand der griechischen Armee sehr erfolgreich, brach dann aber nach dem Eingreifen deutscher Truppen rasch zusammen (Kapitulation der griechischen Armee am 21. April 1941).

Das zweite auf den Plakaten verzeichnete Datum erinnert natürlich nicht an die Kapitulation von 1941, sondern an den Staatsstreich von 1967. Es soll dem Betrachter in Erinnerung gerufen werden, dass 1940 und 1967 die Armee in einer ähnlichen Krisensituation die nationale Ehre und Unabhängigkeit gerettet habe. 1940 sei die italienische Bedrohung siegreich abgewiesen worden, 1967 habe die Armee das Land vor dem kommunistischen Umsturz bewahrt.

Wie meistens, wenn die staatliche Propaganda geschichtliche Daten für ihre Zwecke bemüht, hinkt der Vergleich der beiden Situationen. Die Ablehnung des italienischen Ultimatums 1940 leitete tatsächlich eine kurze Zeit der militärischen Glorie für Griechenland ein.

Die Italiener wurden an der albanischen Front nicht nur zurückgeworfen, sondern mussten einen grossen Teil ihres bereits besetzten Gebietes in Albanien räumen. Allein die stolze Offensive des griechischen Generalstabes erwies sich rasch als arge strategische Fehlrechnung: infolge der Konzentration der griechischen Hauptkräfte in Albanien fehlten die Truppen zur Verteidigung der Nordgrenze, als der deutsche Angriff im April 1941 von Jugoslawien her losbrach.

Die griechische Epirusarmee wurde durch den raschen deutschen Vorstoß von Athen abgeschnitten, und schon nach dreiwöchigem Kampf mussten die gesamten griechischen Streitkräfte ihre Waffen niederlegen. Das Datum der Kapitulation galt seither bei den griechischen Offizieren als schwarzer Tag der Schmach, und für die Einheiten, die in Albanien gekämpft hatten, war die Erinnerung besonders schmerzlich, da sie ja gar nicht von ihrem Gegner besiegt worden waren.

Der Jahrestag der Kapitulation von 1941 soll nun durch den «Sieg» von 1967 aufgewogen werden. Durch den Sieg über welchen Gegner? Durch den Sieg über die Kommunisten, versichert uns die Propaganda der Militärjunta seit dem Putsch unaufhörlich. Hier wird deutlich, wie wenig der Vergleich der beiden Daten auf dem Plakat standhält: 1940 Antreten der Armee gegen einen wirklichen militärischen Gegner, 1967 Antreten gegen ein Phantom, einen fiktiven Gegner, einen Feind, der nur im Wunschdenken der Obersten, nicht aber in der militärischen und politischen Wirklichkeit existierte.

In Wahrheit galt der Schlag des Militärs der ständig anwachsenden Zentrumsunion Papandreous, die im Begriffe war, ihre in den Wahlen von 1963 errungene Mehrheitsstellung auszubauen und sich als Regierungspartei auf Dauer einzurichten. Diese Erklärung ist zwar oft genug von Kritikern des Regimes vorgetragen worden, soll hier aber noch einmal aus «offizieller» griechischer Quelle wiederholt werden. Als «offizielle Quelle» darf in diesem Falle das letzte Heft der von der griechischen Botschaft in Bern verbreiteten «Revue d'Athènes» (*Europe Sud-Est*, Märznummer 1967) ver-

wendet werden, wo eine Zusammenstellung der letzten griechischen Volksabstimmungen zu finden ist.

In den Jahren 1958 bis 1964 hat die Zentrumsunion, also die bürgerliche Mitte, ihre Stimmenzahl ständig vermehren können; die ehemalige Regierungspartei der Rechten (Karamanlis) verlor ihr Übergewicht, während die vereinigten Linksparteien praktisch stagnierten.

(Zahlen = % der Wähler)	<i>Radikale Union (Karamanlis)</i>	<i>Zentrumsunion (Papandreu)</i>	<i>Vereinigte Links- parteien</i>
1958	41	21	24
1961	51	34	15
1963	39	42	14
1964	35	53	12

Seit dem Sturze Papandreous als Ministerpräsident am 15. Juli 1965 war es sein Bestreben, durch Neuwahlen das absolute Stimmenmehr seiner Union zu bestätigen. Es ist bekannt, mit welchen turbulenten Mitteln die Rechts- und Linksparteien (unter Assistenz des Hofes) diese Absicht vereiteln konnten.

Die unwürdigen Parteiduelle im Parlament und auf der Strasse während der Jahre 1965 und 1966 haben bewiesen, dass die griechische Demokratie auf der Basis der Verfassung von 1952 schlecht funktionierte. Die Schuld an diesen Zuständen schob jede Partei der andern zu. In dieser erregten Kampfsituation vor den Wahlen, welche die Entscheidung über die Machtverhältnisse der Parteien erbringen mussten, griff bekanntlich die Armee als dritte Kraft ein, unterband die Streitigkeiten, setzte aber auch Verfassung und Parlament ausser Kraft und machte der griechischen Demokratie ein Ende. Ob die Demokratie aus dieser Kur des Doktor Eisenbart je wieder erwachen wird, weiss heute noch niemand.

Jedenfalls spielt seit dem 21. April 1967 die Armee die entscheidende Rolle im Staate, eine Rolle, welche die Generalität seit Jahrzehnten gerne gespielt hätte und um die sie sich immer wieder betrogen glaubte. Das Ressentiment des griechischen Militärs gegenüber den Politikern geht wohl bis in die Anfänge des griechischen Staates im 19. Jahrhundert zurück.

Immer wieder mussten die Generäle erfahren, dass ihre Erfolge in der Welt nichts galten und die Politik über sie hinwegging. Als im Jahre 1917 Griechenland seine Neutralität aufgab und an der Seite der Entente in den Krieg trat, hoffte man in Athen, sich an der Zerstückelung des türkischen Reiches beteiligen zu können. Aber die Grossmächte liessen die griechische Generalität im Stich; das Abenteuer der Eroberung Griechisch-Anatoliens endete mit dem Debakel von 1922, das den Griechen keine neuen Gebiete im Osten, dafür 1,5 Millionen Flüchtlinge und den Ruin der Staatsfinanzen einbrachte. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte die griechische Armee bravourös in Albanien, wurde aber durch den Zusammenbruch der Nordfront und die Kapitulation der Regierung um die Früchte ihrer Tapferkeit gebracht.

Als die griechische Armee nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 neu aufgestellt worden war, erwies sie sich als ungenügend, die Infil-

tration der Kommunisten aus Bulgarien und Jugoslawien zu unterbinden und den Bürgerkrieg aus eigener Kraft zu beenden. Erst die massive amerikanische Militärhilfe 1949/50 und die Schliessung der jugoslawischen Grenze durch Tito (Schritt im Streit mit Stalin) haben schliesslich die kommunistische Gefahr vom Lande abwehren können. Seither hat der Kommunismus als organisierte Kraft in Griechenland aufgehört zu existieren.

Geblieben ist aus der Bürgerkriegszeit einzig der Hass der meisten Griechen gegen die Emissäre Moskaus und das Ressentiment der Generalität, dass die Rettung des Landes nicht ihr zu verdanken sei. Am 21. April 1967 bot sich nun die Gelegenheit, dem Prestigebedürfnis der Armee Genüge zu tun. Der Sieg über den verhassten Gegner kann gefeiert werden, wenn er sich bei näherem Zusehen auch nur als «Manövergegner» entpuppt.

Wie einst im Kreise Ludendorffs die deutsche Dolchstosslegende ausgebrütet wurde, so hat sich nun die griechische Militärjunta eine Staatsstreichlegende zurechtgemacht.

Gerold Walser

Schweizerisches Komitee für Demokratie in Griechenland
(Informationsbulletin Nr. 7)

HINWEISE AUF BÜCHER

Der 2. Juni 1967, Studenten zwischen Notstand und Demokratie. Dokumente zu den Ereignissen anlässlich des Shah-Besuches. Broschüre zusammengestellt von Knut Nevermann, herausgegeben vom Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), erschienen im Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, 149 Seiten.

Die Herausgabe der vorstehend genannten Broschüre ist zu begrüssen, gibt sie doch dem interessierten Leser ein geschlossenes Bild der betrüblichen Ereignisse, die sich anlässlich des Shah-Besuches in Westberlin, aber auch in Hamburg, München und Bonn, zugetragen haben. Anhand von Augenzeugenberichten von Männern und Frauen – hervorzuheben ist ein solcher von fünf weiblichen und männlichen amerikanischen Studenten – wird das sinnlose und brutale Eingreifen der Polizei, das bis zur Erschiessung eines jungen Mannes, des Studenten Benno Ohnesorg, reicht*, dokumentiert. Immer und immer wieder wird in den Berichten Anklage erhoben gegen die systematische Hetzkampagne der Springerpresse, die in Westberlin bis zu 70 Prozent der Zeitschriften und Zeitungen kontrolliert, und die Monate voraus gegen die Studenten der Freien Universität Berlin ihr böses Spiel getrieben hat. Um dem Leser zu ermöglichen, sich selber ein Bild von den Vorgängen zu machen, sind in der Broschüre unter «Anhang» auch die Reden und Erklärungen von Vertretern, die mit dem Vorgehen der Polizei einverstanden waren, aufgenommen worden. So die unrühmliche Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Westberlin, Heinrich Albertz. Aufgenommen ist auch die aufschlussreiche Fernsehdiskussion im Dritten Programm vom 14. Juni 1967 im Auditorium Maximum der FU. Bemerkenswert ist dabei, dass unter anderen Helmut Gollwitzer mit dem Gewicht seiner Persönlichkeit für die Studenten eintritt, besonders für eine Minderheit der Studenten, die auch zu ihrem Recht kommen muss. Der Platz, der hier zur Verfügung steht, ist leider

* Inzwischen ist der Westberliner Polizeiinspektor K. H. Kurros von der Anklage der fahrlässigen Tötung des Studenten Benno Ohnesorg von einem Berliner Gericht mangels Beweisen freigesprochen worden, trotz den verschiedenen übereinstimmenden Augenzeugenberichten. Die Studenten haben Rekurs gegen das Urteil angekündigt.